



# Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 18. März 2025 |

Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

bei der zurückliegenden Bundestagswahl haben Sie mir erneut Ihr Vertrauen geschenkt und mir mit einem starken Ergebnis von 37,8 % der Erststimmen – dem drittbesten aller hessischen Wahlkreisbewerber – ein klares Mandat erteilt. Für dieses Vertrauen danke ich Ihnen von Herzen. Die vergangenen Wochen haben gezeigt, wie notwendig eine starke, verantwortungsvolle Politik ist.

Nach intensiven Sondierungen mit der SPD haben wir als CDU/CSU nun die Koalitionsverhandlungen aufgenommen. Dabei stehen große Herausforderungen an: Unsere Wirtschaft braucht Wachstumsimpulse, die innere Sicherheit muss gestärkt werden, und vor allem die internationale Lage erfordert entschlossenes Handeln. Die Welt hat sich weitergedreht, und besonders die jüngsten Signale aus Washington geben Anlass zur Sorge.

Die USA haben klargemacht, dass Europa mehr Verantwortung für seine eigene Sicherheit übernehmen muss – eine Botschaft, die wir nicht ignorieren können.

Eine europäische Antwort auf diese Entwicklungen ist dringend geboten.

In den vergangenen Tagen haben wir daher ein Verfahren zwischen CDU/CSU, SPD und Grünen abgestimmt, um Deutschlands Handlungsfähigkeit sicherzustellen. Die heutige Abstimmung zur Grundgesetzänderung ist ein bedeutender Schritt, um gezielte Investitionen in unsere Verteidigung, Infrastruktur und den Wirtschaftsstandort Deutschland zu ermöglichen. Diese Abstimmung setzt wichtige Impulse für die Finanz- und Sicherheitspolitik unseres Landes und wird auch in den kommenden Jahren von Bedeutung sein.

Mehr zu den Hintergründen und Inhalten dieser historischen Entscheidung lesen Sie auf den folgenden Seiten.

Mit herzlichen Grüßen

**Ihr Markus Koob**

## Deutschland bleibt handlungsfähig

Nach intensiven Verhandlungen haben sich die Fraktionsspitzen der CDU/CSU, SPD und Grünen auf eine Grundgesetzänderung im Bereich der Finanzverfassung geeinigt. Die heutige Abstimmung im Deutschen Bundestag bildet den Abschluss eines Prozesses, der mit den Sondierungsgesprächen Anfang März begann. Ziel der Einigung ist es, Deutschland in sicherheits- und wirtschaftspolitisch herausfordernden Zeiten handlungsfähig zu machen und gezielte Investitionen in zentrale Bereiche zu ermöglichen.

Kern der Einigung ist die gezielte Anpassung der Schuldenbremse, um die Finanzierung sicherheitsrelevanter und infrastruktureller Projekte zu ermöglichen, ohne dabei die langfristige Haushaltsdisziplin aufzugeben. Folgende Maßnahmen wurden beschlossen:

- **Verteidigungsausgaben oberhalb von 1 % des BIP** werden von der Schuldenregel ausgenommen, um die Wehrfähigkeit Deutschlands nachhaltig zu stärken.
- **Anpassung der Schuldenbremse für die Länder**, sodass auch sie zukünftig – analog zum Bund – eine jährliche Neuverschuldung in Höhe von 0,35 % des BIP vornehmen können.
- **Ein Sondervermögen von 500 Mrd. Euro für Infrastrukturmaßnahmen**, wovon 100 Mrd. Euro direkt den Ländern und Kommunen zur Verfügung gestellt werden.

- **Erweiterung des Sondervermögens auf zusätzliche sicherheitsrelevante Bereiche**, darunter der Bevölkerungsschutz, die Nachrichtendienste sowie Maßnahmen zum Schutz der digitalen Infrastruktur.
- **Zuführung von 100 Mrd. Euro in den Klima- und Transformationsfonds (KTF)** zur Unterstützung von Investitionen in klimafreundliche Infrastruktur und zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2045.

Durch diese Maßnahmen wird **keine sofortige Neuverschuldung beschlossen**, sondern es wird ein klar definierter Rahmen für gezielte Investitionen geschaffen, die langfristig zur wirtschaftlichen Stabilität und sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit Deutschlands beitragen sollen.

***Standpunkt:** Die Einigung auf diese Grundgesetzänderung ist eine Richtungsentscheidung für Deutschland, die mit Augenmaß und unter Berücksichtigung der langfristigen Tragfähigkeit unseres Haushalts getroffen wurde. Sie stellt sicher, dass Deutschland in einer Zeit wachsender sicherheitspolitischer Herausforderungen und wirtschaftlicher Umbrüche nicht in eine Handlungsunfähigkeit verfällt.*

*Mit der Ausnahme von Verteidigungsausgaben von der Schuldenregel wird ein klares Signal an unsere internationalen Partner und Verbündeten gesendet: Deutschland ist bereit, seinen Beitrag zur europäischen Sicherheit zu leisten und seine Verteidigungsfähigkeit zu stärken. Diese Maßnahme stellt sicher, dass finanzielle Mittel für die Bundeswehr bedarfsgerecht und ohne Verzögerungen bereitgestellt werden können.*

*Gleichzeitig ist die Investition in die Infrastruktur eine entscheidende Voraussetzung für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands. Nur mit einer modernen Verkehrs-, Energie- und Digitalinfrastruktur bleibt unser Land international wettbewerbsfähig. Die Bereitstellung von 500 Mrd. Euro für infrastrukturelle Maßnahmen schafft verlässliche Grundlagen für wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung.*

*Die Aufnahme der Klimaneutralität bis 2045 ins Grundgesetz schafft zudem Rechts- und Investitionssicherheit für Unternehmen und stärkt die langfristige Planbarkeit der wirtschaftlichen Transformation. Sie führt jedoch ausdrücklich nicht zu einem einklagbaren Staatsziel! Diese Aufnahme ist dabei nicht ein ideologisch motiviertes Projekt, sondern eine wirtschaftlich notwendige Maßnahme, um Deutschland in eine innovationsgetriebene, technologisch führende Zukunft zu führen.*

*Fiskalische Disziplin bleibt weiterhin ein zentrales Prinzip unserer Politik. Die CDU/CSU hat sich in den Verhandlungen dafür eingesetzt, dass diese Investitionen nicht zu einem Blankoscheck für zukünftige Regierungen werden, sondern klaren, zweckgebundenen Regeln unterliegen. Die europäischen Fiskalregeln werden weiterhin eingehalten, und die haushaltspolitische Kontrolle bleibt gewährleistet.*

*Mit dieser Grundgesetzänderung setzen wir ein starkes Zeichen: Deutschland ist bereit, die Herausforderungen unserer Zeit entschlossen anzugehen – mit wirtschaftlicher Vernunft, sicherheitspolitischer Verantwortung und klarem Blick auf die Zukunft. •*